

## **Kleine Anfrage Fraktion GLP/JGLP (Michael Ruefer, GLP): Ausbau Anschluss Wankdorf («Spaghettiteller») – Was ist die Haltung des Gesamtgemeinderats?**

Zusammen mit den Gemeindepräsidenten von Ostermundigen, Thomas Iten, und Ittigen, Marco Rupp, hat sich der Stadtpräsident am 5. August 2020 für die «Berner Zeitung» vor die Autobahnausfahrt Bern-Wankdorf gestellt und damit seine Unterstützung für den Ausbau der Ausfahrt mit dazugehöriger Fuss- und Veloverkehrsverbindung gestellt. Ein unmissverständliches Signal, das aber bei einer Mehrheit des Stadtrats auf Unverständnis stösst. 2018 hat der Berner Stadtrat nämlich mit 43 zu 18 Stimmen deutlich nein gesagt zum «massiven Kapazitätsausbau des Autobahnanschlusses Wankdorf und zu neuen Strassenflächen auf der Allmend». Mit der Richtlinienmotion 2018.SR.00016 wurde der Gemeinderat aufgefordert,

«1. Sich gegenüber dem ASTRA dezidiert gegen den massiven Kapazitätsausbau des Anschlusses Wankdorf zu wehren und im Rahmen der öffentlichen Auflage eine Einsprache gegen das Projekt zu machen.

2. Die Allmenden als Raum für Naherholung und Sport für die Bevölkerung integral zu bewahren und vor einer weiteren Verkleinerung durch den Bau von neuen Autobahnspuren, -rampen und Zufahrten zu schützen.

3. Die Stadtquartiere an der Autobahn wirkungsvoll vor Mehrverkehr durch Autobahnausbauten zu schützen.

4. Eine vom sonstigen Verkehr abgetrennte, sichere und attraktive Fuss- und Velowegverbindung zwischen den Allmenden und dem Schermenwald mit möglichst geringer Höhendifferenz und ohne steile Rampen zu schaffen».

Ich möchte daher vom Gemeinderat wissen:

1. Wie ist die Haltung des Gemeinderats heute zu diesem Projekt? Teilt der Gesamtgemeinderat die Ansicht, dass es sich hier um einen sinnvollen Kapazitätsausbau handelt?
2. Gibt es vom Bundesamt für Strassen aktuelle Informationen zum Planungsstand und zum weiteren Vorgehen?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, beim aktuellen Projekt, das von einer Mehrheit des Stadtrats nicht unterstützt wird, Verbesserungen zu erzielen?
4. Wie gedenkt der Gemeinderat, die Bevölkerung bei diesem umstrittenen Projekt einzubeziehen?

Bern, 10. September 2020

Erstunterzeichnende: Michael Ruefer

Mitunterzeichnende: -

### **Antwort des Gemeinderats**

In seiner Antwort auf die Dringliche Interfraktionelle Motion «NEIN zum massiven Kapazitätsausbau des Autobahnanschlusses Wankdorf und zu neuen Strassenflächen auf der Allmend!» vom Februar 2018 hat der Gemeinderat die Hauptinteressen der Stadt bereits definiert: Das Projekt des Bundes muss dahingehend gestaltet sein, dass die Quartiere vom Verkehr entlastet werden bzw. kein Mehrverkehr entsteht. Zudem ist es unabdingbar, dass die öffentliche genutzte Fläche auf der Grossen Allmend erhalten, die Grösse der Kleinen Allmend nicht angetastet und eine zeitgemässe Verbindung für den Fuss- und Veloverkehr realisiert werden sollen.

*Zu Frage 1:*

Wenn mit dem Projekt Autobahnanschluss Wankdorf gleichzeitig der Schutz des städtischen Strassennetzes vor Mehrverkehr erreicht wird – wofür sich der Gemeinderat einsetzt –, ist das Projekt seiner Ansicht nach vertretbar, zumal auch der Bau einer zusätzlichen Fuss- und Velobrücke zwischen der Grossen und der Kleinen Allmend sowie die Umgestaltung der Bolligenstrasse Süd geplant sind.

*Zu Frage 2:*

Der Bundesrat hat dem Generellen Projekt zur Umgestaltung des Autobahnanschlusses im Juli 2020 zugestimmt. Voraussichtlich 2021 folgt das bundesrechtliche Plangenehmigungsverfahren mit öffentlicher Auflage.

*Zu Frage 3:*

Da es sich hier um ein Nationalstrassenprojekt des Bundes handelt, sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt Bern beschränkt. Sie kann aber Einfluss nehmen auf die Gestaltung der Umgebung des Autobahnanschlusses. Von dieser Möglichkeit hat sie Gebrauch gemacht, und sie wird dies weiterhin tun. Dazu will der Gemeinderat mit dem ASTRA eine Planungsvereinbarung abschliessen, welche klare Vorgaben hinsichtlich der eingangs erwähnten zentralen Anliegen der Stadt enthält. Wie in Grossprojekten üblich, wird der Gemeinderat zudem im Auflageverfahren Einsprache erheben, damit die Stadt im Bewilligungsprozess des Bundes involviert bleibt. So können die Interessen der Stadt ins Verfahren eingebracht werden.

*Zu Frage 4:*

Nachdem 2017 eine von ASTRA, Kanton und Stadt gemeinsam bestrittene Infoveranstaltung stattfand, wird sich der Gemeinderat dafür einsetzen, dass dem Einbezug der Bevölkerung und der anliegenden Quartiere weiterhin grosse Beachtung geschenkt wird.

Bern, 14. Oktober 2020

Der Gemeinderat